MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1918

114 (8.3.1918) Abend-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-179827

Freitag, 8. März. Abend-Ausgabe. 1918. — Nr. 114.

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich für den allgemeinen und Handelsteil: Chefredakteur Dr. Fritz Goldenbaum; für den Anzeigenteil: Anton Grieser. Druck u. Verlag: Druckerei Dr. Haas Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., sämtlich in Mannheim. — Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. — Fernsprech-Anschluß Amt Mannheim: Nr. 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945 und 7946. — Postscheck-Konto: Nr. 2917 Ludwigshafen am Rhein.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 1spaltige Kolonelzeile 40 Pfennig, Finanzanzeigen 60 Pfennig, Reklamen M 2.—. Annahmeschluß: Mittagblatt vorm. 9½ Uhr, Abendblatt nachmittags 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monat. M 2.— mit Bringerlohn. Postbezug: Vierteljährlich M 6.42 einschl. Zustellungsgebühr. Bei der Post abgeh. M 5.70. Einzel-Nr.: 10 Pfg.

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupfertiefdruck-Ausführung.

An der Schwelle des Entscheidungskampfes mit England.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 8. März. (WTB. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern

Bei Durchführung erfolgreicher Erkundungen wurden östlich von Merkem 30 Belgier, nordöstlich von Festubert 23 Engländer gefangen genommen.

Der Artillerie- und Minenwerferkampf lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf.

Heeresgruppe des Deutschen Kronprinzen

Sturmabteilungen brachten von einem Vorstoß östlich von La Neuville (südöstlich von Berry au Bac) eine Anzahl gefangener Franzosen zurück. Im übrigen blieb die Gefechtstätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt, das sich auf dem westlichen Maasufer vorübergehend steigerte.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

An der lothringischen Front entwickelte die französische Artillerie zwischen Seile und Plaine rege Tätigkeit.

*

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Zum deutschen Luftangriff auf Nancy.

Bern, 7. März. (WTB. Nichtamtl.) Wie der „Republicain de Lyon" aus Nancy meldet, sind infolge des deutschen Luftangriffes außer den festgestellten 20 Toten und Verwundeten noch eine Anzahl Personen unter den Trümmern verschüttet. Die Aufräumungsarbeiten können nur langsam gefördert werden, da man den völligen Zusammenbruch der halbzerstörten Häuser verhüten will.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 7. März. (WTB. Amtlich.) Neue U-Booterfolge im Sperrgebiet um England:

18500 Bruttoregistertonnen.

Unter den versenkten Schiffen wurden zwei tief beladene Dampfer im Aermelkanal aus einem stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Vor der Westoffensive.

Umkehr der strategischen Verhältnisse.

c. **Von der schweizerischen Grenze**, 8. März. (Pr.-Tel. g. K.) Im Berner „Bund" schreibt Stegemann: Clemenceau hat in der Sorbonne eine Ansprache gehalten und darin von den Beobachtungen erzählt, die er an der französischen Front gemacht habe. „Sie kommen nicht durch", haben mir unsere Soldaten geantwortet, sagte Clemenceau in dieser Rede. In diesen Worten, so meint Stegemann, spiegelt sich die völlige Umkehr der strategischen Verhältnisse. Denn das Wort „Sie kommen nicht durch" ist von den Deutschen im Februar 1915 in der ersten Champagneschlacht geprägt worden und in den Schlachten der folgenden Jahre bis November 1917 bei Cambrai mit zusammengebissenen Zähnen immer und immer wiederholt worden. Die Franzosen, die wie die Engländer drei Jahre lang zu Offensiven angehalten waren, bedienten sich des Wortes während des Stellungkrieges nur vor Verdun, wo die einzige strategische Offensive der Deutschen stattfand, welche die französische Wehrstellung in schwere Gefahr brachte. Heute ist also das Losungswort auf beiden Seiten vertauscht worden. Stegemann stellt am Schluß fest, daß man der großen Offensive jetzt nicht nur zeitlich, sondern auch operativ näher gekommen sei.

Ungeheurer Kräftezuwachs.

Die große Beute der Deutschen an Geschützen und Kriegsmaterial, das zum größten Teil englisch-französisches Erzeugnis ist, wird von der Entente als recht ärgerlich empfunden. Im ganzen beziffert sich die Beute der Mittelmächte seit dem 1. Dezember 1917 auf 120 443 Gefangene, 3633 Geschütze, 7103 Maschinengewehre, 86 Grabenwaffen, 126 000 Gewehre, viele Tausend Fahrzeuge, darunter 500 Kraftwagen, 11 Panzerautos, mehrere Millionen Schuß Artilleriemunition, zahlreiche Tanks, 47 Panzer-Motor- und Lazarettboote, 22 Flugzeuge (ohne die abgeschossenen), 800 Lokomotiven, 8000 meist mit Proviant beladene Eisenbahnwagen. Dazu unermeßliches Kriegsgerät, zahllose Feldküchen mit Zubehör und dergleichen. Die ungeheuren Zahlen gewinnen vor allem an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß die Zahl der 3633 Geschütze bei weitem den Friedensbestand sämtlicher deutschen Armeekorps an Feldartillerie übertrifft, während die Zahl der 7103 Maschinengewehre ein Vierfaches darstellt von dem, was an dieser Waffe bei Kriegsausbruch in Deutschland vorhanden war. Rechnet man die Tausende von Geschützen und Maschinengewehren aus der Offensive gegen Italien hinzu, so kann man den ungeheuren Kräftezuwachs ermessen, der den Mittelmächten aus ihren Siegen zugeflossen ist, und den Aerger Englands und Frankreichs vollauf würdigen.

Bonar Law über die Kriegslage.

m. **Köln**, 8. März. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Im Unterhaus gab Bonar Law eine Uebersicht über die Kriegslage. Bei der Erwähnung Rumäniens sprach er von dessen heldenhaftem Kampf und der tiefen Sympathie, die England dem guten Willen des rumänischen Volkes und Heeres entgegenbringe. Wir bedauern, daß Umstände, die außerhalb unseres Einflusses liegen, es unmöglich gemacht haben, unseren Bundesgenossen zu Hilfe zu kommen. In Mazedonien und Palästina seien keine entscheidenden Operationen ausführbar gewesen wegen der Schwierigkeiten der Heranführung von Truppen über See. Als wir genug Schiffsraum hatten, hatten wir nicht genug geübte Truppen und jetzt macht die Knappheit des Schiffsraums es unmöglich, sehr große Heere dahin zu schicken. Die Expedition nach Saloniki habe darum so wenig befriedigende Ergebnisse gezeitigt weil Rußland nicht eingegriffen habe. Die Lage könne dort jetzt gefährlich werden, wenn die Mittelmächte dahin ein großes Heer schickten. Gleichwohl lasse sich die Expedition rechtfertigen. Ohne sie säße König Konstantin noch auf dem Thron, Griechenland wäre von den Deutschen überschwemmt und die griechischen Häfen ständen zur Verfügung ihrer Unterseeboote, was England beinahe unmöglich machen würde, seine Bestrebungen im Osten aufrecht zu erhalten. Was in Rußland geschehen sei, sei ein furchtbarer Schlag für den Verband. Hätte Rußland nicht versagt, so wäre der Krieg schon im vorigen Jahre mit einem Sieg des Verbandes beendet gewesen.

Strömungen gegen Lloyd George.

c. **Von der schweizerischen Grenze, 8. März. (Pr.-Tel. g. K.) Der parlamentarische Mitarbeiter der Daily News berichtet, die Lage im englischen Unterhaus wäre sehr unsicher, weil sich verschiedene Strömungen gegen die Regierung richteten. Carsons Enthüllungen haben bei den Konservativen einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht. Sowohl auf der liberalen wie auf der konservativen Seite besteht die Ueberzeugung, daß es so nicht weiter gehen könne.**

Rotterdam, 8. März. (WTB. Nichtamtl.) Nach dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" zieht die „Daily News" aus der Debatte über die Entlassung Jellicoes den Schluß, daß das jetzt herrschende System keine Regierung, sondern eine Prestigediktatur sei. Die „Morning Post" schreibt, die Entlassung Jellicoes und die Robertsons waren beide eine folgenschwere Intrige. „Daily News" nennt Carsons Rede eine bösartige Verleumdung, die sich auf keine Tatsachen stütze. „Manchester Guardian" schreibt: Nach den Enthüllungen Carsons war seit gestern in den Wandelgängen des Parlaments vor einer Regierungskrise die Sprache. Es ist aber wieder niemand vorhanden gewesen, der bereit war, den Platz der Regierung einzunehmen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Stellung der Regierung geschwächt ist.

Lansdowne setzt sich durch.

Rotterdam, 8. März. (WTB. Nichtamtlich.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London, daß gestern eine Versammlung abgehalten wurde, um den Vorschlag Lansdownes zu unterstützen. Der Herausgeber der Wochenschrift „Economist" Hirst führte zusammen mit Lord Ashton, Jowett, Rylers und Noel Buxton den Vorsitz. Hirst sagte, die Ansicht Lord Lansdownes würde jetzt vermutlich von der Mehrheit der denkenden Menschen in dem vereinigten Königreich geteilt. Die Politik des entscheidenden Sieges sei ein schwerer Schlag für viele ehrliche Menschen, die der Ansicht seien, daß England an diesem Krieg teilgenommen habe, um einen gerechten Frieden zu erhalten. Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß Lansdowne bald von einer großen öffentlichen Rednertribüne herab sprechen werde. (Beifall.) Jellicoe stellte den Antrag, Lansdowne für seinen zweiten Brief den Dank auszusprechen. Der Abgeordnete Lees Mifth sagte, ein Hauptthindernis für den Frieden sei, daß es den Alliierten nicht gelungen sei, zu einer einheitlichen Führung zu gelangen. Die höchsten Forderungen seien nicht durchzusetzen, und doch kämpfe man weiter. Das Vorgehen Japans werde für die Alliierten neue Verwicklungen mit sich bringen. Es wurde beschlossen, im ganzen Lande derartige Versammlungen abzuhalten und die Hoffnung ausgesprochen, daß Lansdowne selbst die Leitung derselben übernehme.

Englands Kriegskosten.

London, 7. März. (WTB. Nichtamtl.) Im Unterhaus brachte Bonar Law einen Gesetzentwurf über einen Kredit von 600 Millionen Pfund Sterling ein und führte dabei aus, dies wäre die größte Einzelkreditvorlage, die vor das Haus gebracht worden sei. Im Dezember hätte er eine solche von 550 Millionen eingebracht und dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sie die letzte bis zum Ende des Finanzjahres sein werde, höchstens mit einem Ergänzungsentwurf. Er wäre froh, zu sagen, daß kein Ergänzungsentwurf nötig sei, und daß der Entwurf vom Dezember bis zum Ende des Finanzjahres ausreichen werde. Der Durchschnitt der täglichen Kriegsausgaben seit Beginn des Finanzjahres vom 1. Februar ab betrage 6 557 000 Pfund. In Bezug auf die den Alliierten gegebenen Anleihen sagte er, er erkenne an, daß das, was sich in Rußland ereignet habe, sehr zweifelhaft mache, ob die ganzen an Rußland vorgestreckten Gelder zurückerstattet würden. Die gegenwärtige Ueberschreitung der Ausgaben über den Haushaltsanschlag werden auf 154 250 000 Pfund geschätzt. Die Hauptsteigerung sei durch das Heer veranlaßt. Eine der Ursachen sei die Ausdehnung der Kriegshandlungen in Mesopotamien und Palästina, die große Eisenbahnbauten und Vorkehrungen für den Flußverkehr bedingten; dazu komme die größere Stärke des Heeres und der Sold für eine große Zahl von Soldaten außer England. Auch die Ausdehnung des Programms für den Flugdienst verlange einen Zuschuß von mehreren Millionen. Die Mehrausgaben für die Flotte von rund 13 Mill. seien verursacht durch das Anwachsen des Mannschaftsbestandes, die Löhnung und den Unterhalt. Mehr als 17 Mill. seien nötig, um den Brotpreis nicht steigen zu lassen. Die Anleihen an die Alliierten erreichen 1234 Millionen, an die Dominions 800 Millionen. Diese stellen eine Zunahme von 437 Millionen an die Alliierten dar und von nur 33 Millionen an die Dominions.

Die Gesamtziffer der Vorschüsse an Rußland könne im Augenblick nicht angegeben werden. Nach Schätzungen werde die Staatsschuld am Ende des laufenden Etatsjahres 8900 Millionen nicht übersteigen, einschließlich der 1600 Millionen Darlehen an die Verbündeten und Dominions.

Die belgische Frage.

In seiner letzten großen Reichstagsrede hat Graf Hertling die belgische Frage wieder in Fluß gebracht. Man hat behauptet, er habe Belgien als Faustpfand bereits preisgegeben, er habe, indem er an die Regierung von Le Havre die Einladung zur Erörterung ergehen ließ, auch die Flamenfrage in deutschem Sinne preisgegeben. Hertling habe kein Wort zu der Bewegung in Flandern gefunden, ja desavouiere sie durch seine Einladung nach Le Havre stillschweigend. Solche Vorwürfe scheinen nun doch wohl nicht ganz berechtigt. In einer Antwort der Kölnischen Zeitung an Lord Lansdowne finden wir den beruhigenden Satz: „Der deutsche Staatsmann müßte wahrlich noch geboren werden, der unsere beiden wertvollsten Faustpfänder, Belgien und den Druck des Unterseebootkrieges aus der Hand gäbe." Daß Graf Hertling nicht daran denkt, die Flamen preiszugeben, dem Frieden mit England zum Opfer zu bringen, beweist der Empfang der Bevollmächtigten des Rates von Flandern durch den Generalgouverneur. Wir wollen zwar Belgien nicht behalten, aber wir setzen uns nach wie vor dafür ein, daß das wiederhergestellte Belgien nicht mehr das alte Belgien sein wird, das dem französischen Einfluß immer mehr anheimfiel.

René de Clercy, der flämische Dichter, hat im Januar die Frage aufgeworfen, ob die Mittelmächte das germanische Flandern im Interesse des künstlich geschaffenen Belgiens aufopfern und ob Deutschland das flämische Land der germanenfeindlichen belgischen Verwaltung und der Willkür der Entente wieder ausliefern wolle. Die Worte des Generalgouverneurs von Falkenhausen werden etwa auftauchende Zweifel beseitigt haben. Deutschland unterstützt nach wie vor moralisch wie politisch die Bestrebungen des flämischen Volkes auf freie Entwicklung, auf Selbständigkeit, wird in den Friedensverhandlungen diese Forderungen mit allem Nachdruck vertreten und wird ihnen auch nach dem Kriege seinen mächtigen Schutz leihen. Allerdings glaubt unsere Regierung jetzt noch nicht sich auf eine bestimmte Form dieser freien Entwicklung verpflichten zu können. Auf der großen und eindrucksvollen Kundgebung der Flamen in Brüssel (20. Januar) hat Professor Lambrichts die Forderung gestellt daß Flandern sich vollkommen von der Regierung in Le Havre lossagen müsse. Flandern wolle ein durchaus unabhängiger Staat sein und seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen nach eigenem Ermessen regeln. Der Standpunkt der deutschen Regierung ist, daß diese Frage endgültig erst bei den Friedensverhandlungen geregelt werden könne, erst dann könne entschieden werden, ob die flämische Freiheit in einem eigenen Staate oder innerhalb des wiederhergestellten alten belgischen Staats sich entwickeln solle.

Das ist der augenblickliche Stand der Frage. Auf keinen Fall wird man sagen können, daß die deutsche Regierung das Flamentum schon preisgegeben habe. Mit welchem Nachdruck sie in den Friedensverhandlungen für es eintreten wird, werden wir sehen. Sehr entschiedenes Auftreten wird erforderlich sein, wenn gegen Franzosen und Engländer etwas durchgesetzt werden soll, zumal wenn es sich um die Wiederherstellung Belgiens in seinen alten Grenzen und seinem bisherigen staatlichen Bestande handeln sollte und nicht um eine Auflösung der künstlichen Schöpfung in einen flämischen und einen wallonischen Staat. Der Gang der militärischen Ereignisse im Westen wird vermutlich entscheidend auf den Grad der Entschiedenheit einwirken, mit der wir uns für das Flamentum einsetzen werden. Es fallen zu lassen ist aber bis heute nicht die Absicht der verantwortlichen Kreise. Wir aber hoffen, daß sie die Befreiung des Flamentums von welschem Druck mit aller Energie bis ans Ende durchfechten werden, sie ist nicht unwichtiger als die Lösung unserer deutschen Aufgabe im Baltikum. G.

Japan.

Einberufungen bei der Marine.

c. **Von der schweizerischen Grenze**, 8. März. (Pr.-Tel. g. K.) Die „Morningpost" meldet aus Tokio, daß am 4. März 5 Jahresklassen der japanischen Marine Einberufungsbefehle erhielten.

Der japanische Mobilisationskredit bewilligt.

c. **Von der schweizerischen Grenze**, 8. März. (Pr.-Tel. g. K.) Pariser Blätter melden laut einer Genfer Meldung aus Tokio.

MARCHIVUM

daß das japanische Parlament den Mobilisationskredit von einer Milliarde Yen bewilligte für militärische Sicherungsmaßnahmen Japans in Korea und den Nachbargebieten. Von Regierungsseite wurde über die Teilnahme japanischer Truppen an den Kämpfen in Europa keine Erklärung abgegeben.

Ein unabhängiges Ostsibirien?

Amsterdam, 7. März. (WTB. Nichtamtl.) „Central News" erfährt aus Tokio vom 6. März, daß bei den Unterhandlungen in Peking die Errichtung einer unabhängigen Regierung in Ostsibirien unter dem Fürsten Lwow als ersten Minister beschlossen wurde. Charbin wird Hauptstadt. In wohlunterrichteten Londoner Kreisen zweifelt man zwar an der Richtigkeit der Meldung, hält aber immerhin die Entwicklung der Verhältnisse in dieser Richtung für möglich.

England und Japan gegen deutschen Handel und Industrie.

c. **Von der schweizerischen Grenze**, 8. März (Priv.-Tel., g. K.) Laut „Basler Nachrichten" meldet die „Daily Post": Mit Genehmigung der Regierung sind zwischen gewissen englischen und japanischen Organisationen Verhandlungen im Gange, die dahin zielen, die Handels- und Industriebeziehungen des Feindes im äußersten Osten für die Zeit nach dem Kriege so stark wie möglich zu beeinträchtigen. Diese Verhandlungen sollen auch maritime und Bankinteressen berühren.

Der Friede mit Großrußland.

Der Friedensvertrag vom Hauptausschuß der Sowjets gutgeheißen.

m. **Köln**, 8. März. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Reuter meldet aus Petersburg: Der ausführende Hauptausschuß der Sowjets hat mit großer Stimmenmehrheit den Friedensvertrag gutgeheißen. Obwohl die Bedingungen die politischer Banditen seien, ermächtigte der Ausschuß die Mitglieder des Moskauer Kongresses, für die Ratifizierung des Vertrages zu stimmen. Gemeldet wird, daß Krylenko zurückgetreten ist, weil er mit der Politik der Volkskommissare nicht einverstanden ist.

Buchanan kehrt nicht nach Petersburg zurück.

c. **Von der schweizerischen Grenze**, 8. März. (Pr.-Tel. g. K.) Nach Londoner Meldungen macht das englische Auswärtige Amt bekannt, daß England einstweilen in Rußland keine Botschaft mehr unterhalte. Buchanan kehrt nicht mehr nach Petersburg zurück. Zur Beschützung und Beratung englischer Untertanen, die sich in Rußland aufhalten, besteht in Petersburg ein Büro im Gebäude der englischen Botschaft, das weiter bestehen bleibt.

*

Die Zukunft der baltischen Provinzen.

In dem Aufsatz des Herrn Bürgermeisters von Hollander, den wir im heutigen Mittagsblatt veröffentlicht haben, ist im dritten Absatz ein unliebsamer Druckfehler zu berichtigen. Es muß gegen den Schluß, wo der Verfasser von dem Verkehr über die Ostseehäfen spricht, richtig heißen:

Wenn ein Industrie- und Handelsplatz wie Mannheim (nicht München) bei seinem gesamten überseeischen Verkehr ohne Schwierigkeiten auf die ausländischen Häfen Rotterdam und Antwerpen angewiesen ist, so muß es auch für Moskau und Orel möglich sein, den Export über Riga und Libau zu bewerkstelligen, auch wenn sie nicht zum russischen Reich gehören.

Der Ausbau des Friedens mit der Ukraine.

⊡ **Berlin**, 8. März. (Von uns. Berl. Büro.) Der Generalsekretär der Oesterreichisch-Ungarischen Bank v. Schmid hat sich, wie der „B. Z." ein Privattelegramm nach dem „Neuen Wiener Tageblatt" mitteilt, nach Berlin begeben, um an der Konferenz über die Organisierung des Zahlungsverkehrs in der Ukraine teilzunehmen. In dieser Angelegenheit ist ein einheitliches Vorgehen mit der deutschen Reichsregierung unter Mitwirkung der Finanzinstitute geplant. Wie der Ankauf in der Ukraine zentralisiert und dann aufgeteilt werden soll, so wird auch die Beschaffung der Zahlungsmittel durch Zusammenwirken der Oesterreichisch-Ungarischen Bank mit der Deutschen Reichsbank erfolgen.

Eine Moldau-Republik.

Bern, 8. März. (WTB. Nichtamtl.) „Progrès de Lyon" meldet aus Paris: Zwischen Dnjestr und Pruth hat sich eine Moldaurepublik mit der Hauptstadt Kischinew gebildet.

Der Vorfriede mit Rumänien.

Meinungen der französischen Presse.

Paris, 8. März. (WTB. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Die Zeitungen besprechen den Vorfriedensvertrag, der von den Mittelmächten Rumänien aufgezwungen worden sei. Sie erklären, Rumänien, das Energie und Treue gezeigt habe, erliege, von den verschiedenen russischen Regierungen verraten und von den Maximalisten erdrosselt, die um Lenin und Trotzky geschart seien. Eine neue Schuld werde den Alliierten auferlegt. Der Vertrag, der Rumänien erdrosselte, würde nicht anerkannt werden und müsse von der Friedenskonferenz geprüft werden. „Petit Parisien" erkennt an, daß Rumänien bis zum letzten Augenblick gekämpft habe, um die Bündnispflicht zu erfüllen, und sei erst der Gewalt gewichen.

„Matin" schreibt: Die überlieferten Bande werden nicht zerrissen werden. Die Zukunft wird uns gestatten, sie von neuem innig und herzlich zu gestalten.

Die Aalandsfrage.

Unerfreuliches aus Schweden.

m. **Köln**, 8. März. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Stockholm: Das Blatt „Nya Dagligt Allehanda" wendet sich mit auffallender Schärfe gegen Auslassungen der Berliner Presse über die Gründe für die Landung deutscher Truppen auf den Aalandsinseln. Das Blatt sieht in dem Eingreifen Deutschlands in Finnland eine Bedrohung der schwedischen Vormachtstellung im Norden und in der Landung deutscher Truppen auf den Aalandsinseln den Schlußstein in Deutschlands Streben nach der Vorherrschaft in der Ostsee. Brantings halsstarriger Fanatismus im Dienste des Verbandes habe Skandinavien dem siegreichen Deutschland auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert. Er hätte es unmöglich anders machen können, wenn er seine Befehle unmittelbar aus der Wilhelmstraße entgegengenommen hätte.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 37. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 8. März.

Präsident Kopf eröffnete 9.20 Uhr die Sitzung und verlas die Eingänge. Dann setzte das Haus die Einzelberatung des Voranschlags des Ministeriums des Innern fort.

Abg. Bock (Natl.): Die Regierung sollte für die Anlage von Mustergetrieben in den Weinbaugegenden sorgen. Der Qualitätswein sollte beibehalten werden. Daneben sollte man den Anbau der Hybriden zur Produktion des billigeren Landweines ermöglichen. Alle Maßnahmen, zur Förderung des Weinbaues gehören unter einheitlicher Leitung, wozu ein Weinbau-Institut notwendig wäre.

Abg. Müller-Eppingen (Rechtsstehende Vereinigung) sprach die Hoffnung aus, daß wenn die Russen vom Lande weggenommen, sie durch andere Gefangene ersetzt werden.

Nach Ausführung einiger anderer Abgeordneten nahm Staatsminister Freiherr von Bodman den Oberamtmann für den Bezirk Offenburg gegen Angriffe des Abg. Seubert in Schutz und fuhr dann fort: Bei der Getreideablieferung sind wir in Baden leider kein Musterland. Die Mühlenkontrolle hat vielfach Unregelmäßigkeiten ergeben. Wenn die Brotration herabgesetzt werden müßte, würde das große Unzufriedenheit erregen (Lebhafte Zustimmung). Auf die Zufuhren aus der Ukraine, Rußland und Rumänien dürfen wir uns nicht verlassen. Die Verkehrsschwierigkeiten sind so groß, daß wir erst allmählich auf das Eintreffen von Nahrungsmitteln aus diesen Ländern hoffen dürfen. Die Abgeordneten hätten nach meiner Meinung die Verpflichtung ihrerseits dahin zu wirken, daß die Vorschriften durchgeführt und von allen Beteiligten beachtet werden. (Lebhafte Zustimmung.) Betreffs der Interpellation des Abg. Seubert über die Ablieferung der Brennkessel hat Abg. Seubert vermißt, daß nichts geschehen sei, um die Ablieferung der Brennkessel zu verhindern. Demgegenüber ist zu sagen: wenn man nicht Halt gemacht hat vor der Ablieferung der Glocken, kann man nicht Halt machen vor den Brennkesseln. — Was den Preis für Branntwein betrifft, so ist dieser nach Anhörung von Sachverständigen festgesetzt worden. Ich bin bereit, diese Angelegenheit nochmals nachzuprüfen. — Höchstpreise für Ferkel können nicht eingeführt werden, weil dadurch der Anreiz zum Aufbau unserer Viehbestände wegfallen würde. — Die Schweineschlachtung mußte auch bei uns in verstärktem Maße vorgenommen werden, weil die Gefahr der Verfütterung von Brotgetreide bestand. — Freigabe der Topinambur kann nicht erfolgen. — Vermehrter Anbau von Hybriden das Amerikanerreben könnte die Regierung kaum gestatten. Die Frage soll geprüft und Versuche angestellt werden. Für ein Weinbauinstitut sind die Kosten jetzt zu hoch. — Die Landwirtschaftskammer hat sich während des Krieges bewährt. Der Antrag Muser verlangt eine Vertretung der Städte in der Landwirtschaftskammer, wenn sie Güter bewirtschaften. Mit demselben Rechte wie die Städte könnten dann auch die Großgrundbesitzer und die Stiftungen eine besondere Vertretung in der Landwirtschaftskammer verlangen. Nun ist die Vertretung von dem Standpunkt aus verlangt worden, daß man auch die Konsumenten in der Landwirtschaftskammer vertreten sehen möchte. Das würde aber dem Zweck der Landwirtschaftskammer widersprechen, denn sie soll eine Interessenvertretung sein wie die Handelskammer und die übrigen Kammern. Vertreter der Städte in der Landwirtschaftskammer würden den Charakter von Aufsichtspersonen erhalten und damit käme ein durchaus fremdes Element in die Kammer. Ich bitte Sie, dem Antrag Ihre Zustimmung zu versagen.

Abg. Müller-Weinheim (Natl.): Die Spannung zwischen den Vieh- und Fleischpreisen ist zu hoch. Nun habe ich namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir den Antrag Muser und Gen. auch in der Form, die ihm die Kommission gegeben hat, ablehnen. Wenn dem Antrag stattgegeben würde, würde eine völlige Veränderung des Wesens der Kammer nicht ausbleiben können. Es wird verlangt, daß die Städte unter allen Umständen vertreten sein sollen. Der Gesichtspunkt, aus dem dies geschieht, ist der, es sollen die Interessen der Konsumenten zur Geltung kommen. Dieser Gesichtspunkt aber weicht von dem Grundgedanken, auf dem die Landwirtschaftskammer als eine Organisation der Landwirte aufgebaut ist, grundsätzlich ab. Im Endergebnis würde die Landwirtschaftskammer eine Organisation werden, in der widersprechende Interessen behandelt würden.

Es wäre dann auch nicht mehr zu vermeiden, daß die Landwirtschaftskammer mit vollem Recht Aufgaben in ihren Kreis ziehen würde, die politischer Art sind, daß sie also zum Teil anstelle der politischen Körperschaften, auch des Landtages treten würde. Sie auf diese Bahn zu treiben, wozu der erste Schritt die Annahme des Antrages wäre, lehnen wir ab.

Abg. Reck (Ntlo.) brachte Wünsche über die Rhein-Regulierung vor.

Abg. Dr. Koch (Ntlb.). Bei der Beratung des Voranschlags der Forst- und Domänendirektion hat die Frage der Vermehrung des Landwirtschaftsgeländes durch vermehrte Ausstockung an Wald eine Rolle gespielt und der Finanzminister hat erfreulicherweise zugesagt, daß die Regierung gegenüber den schwebenden Plänen sich erwähne als für uns im Unterland wichtig die beabsichtigte Ausstockung des Kehscher Waldes und im Walde zwischen Walldorf und Sandhausen) wohlwollend entgegenkommen werde. In gleicher Richtung arbeitet die Direktion des Wasser- und Straßenbaus durch Förderung von Urbarmachung von Oedländereien.

Staatsrat Dr. Krems geht auf die Klage des Abg. Koch, daß die Regierung nicht mehr so geneigt sei, Kulturunternehmungen zu unterstützen, ein. Die Regierung verkenne in keiner Weise die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Aufgabe.

Abg. Ditter (Natl.) bat um wohlwollendes Entgegenkommen bei Prüfung der Bitten der Arbeiter des Porphyrwerks Dossenheim um eine Lohnerhöhung.

Staatsrat Krems: Mit den Arbeitern des Porphyrwerkes finden Verhandlungen wegen Lohnerhöhungen statt. Diese Arbeiter nehmen vollständig an den staatlichen Teuerungsbeihilfen teil. Es sind ihnen schon 110 000 Mk. zugeflossen.

Die einzeln aufgerufenen Posten des Voranschlags des Ministeriums des Innern werden genehmigt. Berichterstatter Dr. Schofer verzichtet auf das Schlußwort.

Abg. Muser (Fortschr. Vp.) verlas als Antragsteller im Schlußwort nochmals den Antrag auf Zulassung von Städtevertretern in die Landwirtschaftskammer.

Abg. Seubert (Ztr.) hatte für seine Interpellation über die Brennkessel und für den Antrag über das Brennen der Topinambur das Schlußwort.

Hierauf wurde der Voranschlag des Ministeriums des Innern einstimmig genehmigt.

Der Antrag Muser wurde gegen die Stimmen der Fortschrittler und der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Antrag Seubert über das Brennen der Topinambur wurde mit 25 Stimmen der Rechten gegen 20 Stimmen der Linken angenommen.

Abg. Rihm (Natl.) berichtete für die Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf, die Amtsdauer der Mitglieder des Bezirksrats betr. Die Kommission beantragte die Genehmigung. Das Haus beschloß desgleichen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die Kammer beschloß, sich zu vertagen und die Bestimmung der nächsten Sitzung dem Präsidenten zu überlassen. Schluß 1¾ Uhr.

Der Wahlpflichtsantrag.

⊡ **Berlin**, 8. März. (Von unserem Berliner Büro.) In dem heute wieder zusammengetretenen Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses legte der Unterausschuß folgenden Wahlpflichtsantrag vor:

§ 31: Jeder Wähler ist verpflichtet, sein Wahlrecht auszuüben. Zur Nichtausübung des Wahlrechts berechtigt: ernste Krankheit, unaufschiebbare und wichtige Geschäfte, sonstige besondere Verhältnisse, welche nach billigem Ermessen des Wahlkommissars eine mögliche Entschuldigung begründen. Wer ohne einen der vorbezeichneten Entschuldigungsgründe es unterläßt, sein Stimmrecht auszuüben hat eine Ordnungsstrafe in Höhe eines Viertels des Jahresbetrags der von ihm zu entrichtenden Staatseinkommensteuer, mindestens aber Mark 5.— zu zahlen. Die Ordnungsstrafe fließt in die Staatskasse. Sie wird mit der Staatseinkommensteuer eingezogen. Die Festsetzung der Strafe steht dem Wahlkommissär zu. Gegen die Festsetzung finden binnen zwei Wochen die Beschwerden beim Regierungspräsident statt, welcher endgültig entscheidet. Die Amtsgerichte haben auf Ersuchen bei der Beweiserhebung rechtzeitig Hilfe zu leisten. Die durch eine Beweisaufnahme entstehenden baren Auslagen sind im Falle der Bestrafung den Wahlberechtigten aufzuerlegen.

Leipziger Frühjahrsmesse 1918.

Die Frühjahrs-Mustermesse in Leipzig 1918, die vom 3. bis 10. März dauert, hat als 8. Kriegsmesse mit einer Besucherzahl von rund 75 000 alle bisherigen Kriegs- und Friedensmessen weit in den Schatten gestellt. Dieses Zusammenströmen namentlich von Einkäufern ist der beste Beweis für die Richtigkeit des Bestrebens, die Messe zu einer Angelegenheit des Deutschen Reiches zu machen. Dieser Zufammenfluß von Fremden bietet aber auch vorzügliche Gelegenheit zur wirkungsvollen politischen Kultur-Propaganda und zur Einwirkung auf weiteste Kreise, künftig noch mehr als bisher Qualitätsware aufzustellen und herzustellen. Mit diesen und anderen wichtigen Fragen für die Messe beschäftigt sich eingehend Nr. 4 der Zeitschrift „Deutschland" des Bundes Deutscher Verkehrsvereine (Verlag J. J. Weber, Leipzig), die neben wertvollen Artikeln auch eine große Zahl interessanter Abbildungen bringt. Schon der Umschlag führt mitten in das Meßgetriebe. Die Abbildungen zeigen Messe-Motive aus früherer Zeit, daneben aber auch Muster-Ausstellungen deutscher Porzellane u. a. mehr. Die Artikel behandeln folgende Themen:

„850 Jahre Leipziger Messe",
„Messe und politische Kulturpropaganda",
„Hervorragende Erzeugnisse der Keramik",
„Die Leipziger Messe und ihre Konkurrenz im Ausland",
„Meßstadt und Wohnstadt",
„Die Verkehrsmittel zur Leipziger Messe in alter und neuer Zeit",

außerdem eine Messeplauderei: „Meßonkels von Anno dazumal".

Die Reichhaltigkeit der für die Leipziger Messe eigens bestimmten Sondernummer zeigt somit zugleich die Vielseitigkeit der Leipziger Messe, die hoffentlich auch in den kommenden Friedensjahren ihre jetzt erreichte Höhe beizubehalten versteht.

Letzte Meldungen.

Norwegisch-amerikanisches Einvernehmen.

c. **Von der schweizerischen Grenze**, 8. März. (Priv.-Tel. g. K.) Laut der „Neuen Züricher Zeitung" meldet Havas aus London, daß bezüglich der zwischen Norwegen und den Vereinigten Staaten noch schwebenden Fragen ein vollständiges Einvernehmen erzielt worden sei. Zwischen England und Norwegen dürfte ein freundschaftliches Abkommen über verschiedene Punkte maritimer Natur zustande kommen.

Die Frage der Schuhversorgung.

Berlin, 8. März. (WTB. Nichtamtl.) Durch die Presse wurde letzter Tage die Notiz verbreitet, wonach auf Veranlassung der neuen Reichsstelle für Schuhversorgung in Kürze eine wesentliche Erleichterung der Bezugsscheinpflicht für Schuhwaren erfolgen soll. Diese Behauptung ist zurzeit verfrüht. Die Reichsstelle für Schuhversorgung wird die Frage der Bezugsscheinpflicht in der ersten Sitzung des Beirates zur Erörterung bringen.

*

‡ **Baden-Baden**, 8. März. (Pr.-Tel.) Prinzessin Amelie zu Fürstenberg, die Tochter des 1892 verstorbenen Fürsten Karl Egon, ist im Alter von 69 Jahren hier gestorben.

[•] **Berlin**, 8. März. (Von unserem Berliner Büro.) Der Hauptausschuß des Reichstags setzte heute Vormittag die vertrauliche Beratung über die Liquidation feindlichen Eigentums fort. Es handelt sich um Vergeltungsmaßnahmen für die Wegnahme deutschen Eigentums in den deutschen Schutzgebieten.

Wien, 7. März. (WTB. Nichtamtl.) Um den Beitritt Oesterreichs zum Berner Urheberrechtsübereinkommen einzuleiten, nahm die österreichische Regierung in Aussicht, die Aenderung des geltenden Urheberrechts in allen Bestimmungen anzubahnen, in denen es hinter den Vorschriften des Berner Uebereinkommens in der Fassung der Berliner Beschlüsse von 1908 zurückbleibt. Der Entwurf zu einer solchen Novelle wird gegenwärtig vorbereitet und soll noch vor seiner Vorlage an den Reichsrat der Begutachtung durch Vertreter der beteiligten Kreise unterzogen werden.

Wien, 7. März. (WTB. Nichtamtl.) Nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses trat der Polenklub zusammen und nahm die vor der Abstimmung im Abgeordnetenhaus erfolgte Erklärung des Abgeordneten Dafzynski, daß die von ihm vertretene Gruppe der polnischen Sozialdemokraten (acht Mitglieder) aus dem Polenklub austrete, zur Kenntnis. Hierauf wurde eine Zuschrift Glombinskis verlesen, nach der die nationaldemokratische Gruppe wegen der Haltung des Polenklubs in der Frage des Budgetprovisoriums beschlossen habe, ihre Mitwirkung an den Beratungen des Klubs bis zur Entscheidung des Parteivorstandes darüber auszusetzen, ob die Gruppe dem Polenklub weiterhin angehören soll.

Letzte Handels-Nachrichten.

Mannheimer Effektenbörse.

An der heutigen Börse waren besonders Industrie-Aktien bevorzugt und wurden in größeren Beträgen Dinglersche Maschinenfabrik und Zementwerke Heidelberg-Aktien gehandelt. Kauflust bestand zu höheren Kursen für Westeregeln, Emaillierwerke Maikammer, Kosheimer und Zellstofffabrik Waldhof-Aktien. Niedriger notierten: Anilin- und Benz-Aktien.

Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie.

In Berlin wurde nach langen und schwierigen Vorarbeiten der obige Verband gegründet, welcher die sämtlichen deutschen elektrotechnischen Industriefirmen umschließt. Vorsitzender ist Herr Karl Friedrich von Siemens. Dem Vorstand gehören u. a. an Herr Direktor Gaa von der Firma Brown, Boveri u. Co., hier und Herr Kommerzienrat Spielmeyer vom Heddernheimer Kupferwerk und Süddeutschen Kabelwerk A.-G., hier, so daß die badische Industrie entsprechend ihrer Wichtigkeit vertreten ist.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 8. März. Starke Zurückhaltung bei im großen und ganzen ziemlich behaupteter Grundstimmung war auch heute für den Börsenverkehr kennzeichnend. Anfangs zeichneten sich Montan- und vor allem chemische Werte bei kleinen Kursbesserungen durch etwas Festigkeit aus, doch später bröckelten die Kurse überwiegend leicht ab. Schiffahrts- und Petroleumaktien lagen von vornherein schwach, ebenso Daimler. Der Rentenmarkt war bei stillem Geschäft unverändert. Von russischen Werten waren Fonds und Bankaktien schwächer. Prioritäten behauptet.

*

Pforzheim, 8. März. (Pr.-Tel.) Die Allgemeine Gold- und Silberscheideanstalt in Pforzheim verteilt aus 206 686 M. (i. V. 199 514 M.) Reingewinn, eine Dividende von 12% (i. V. 10%).

MARCHIVUM

Aus Stadt und Land.

Heranzucht von Gemüsesetzpflanzen.

Durch die Knappheit der Gemüsesamen wird die Anzucht von Gemüsesetzpflanzen sehr schwierig und es bedarf daher der intensiven Ausnutzung der gärtnerischen Einrichtungen und des Kulturgeländes, um diese Schwierigkeit zu überwinden. Die Landwirtschaftskammer hat sich daher schon in den Jahren 1915 und 1916 mit der Heranzucht von Gemüsesetzlingen befaßt. Im Jahre 1916 wurden etwa 11 Millionen von Gemüsesetzlingen angebaut und abgegeben. Im Frühjahr 1917 hat sich die Landwirtschaftskammer wiederum mit nahezu 300 Gärtnereien aus allen Bezirken des Landes in Verbindung gesetzt, um die Heranzucht von Massengemüsesetzlingen zu fördern.

Nach den eingelaufenen Angaben dieser Anzuchtstellen wurden 1917 rund 25 Millionen Pflanzen an die Bevölkerung abgegeben und zwar: Kohlarten 12 Millionen, Kohlraben 7 Millionen, Salat, Tomaten, Sellerie, Lauch 6 Millionen. Die Landwirtschaftskammer unterstützte die Setzlingsabgabe durch bedeutende Zuschüsse. In „Landwirtschaftlichen Wochenblatt" sind die Namen der Gärtnereien die im Jahre 1918 Gemüsesetzpflanzen heranziehen, bekanntgegeben. Die Bestellungen auf Gemüsesetzpflanzen sollten jetzt schon erfolgen, damit die benötigte Anzahl von Pflanzen rechtzeitig zur Stelle sein kann, ohne daß eine zur Zeit unverantwortliche Samenvergeudung platzgreift.

)(**Ein Hirtenbrief über die Kindererziehungsarbeit.** Der Erzbischof hat einen Hirtenbrief erlassen, der am nächsten Sonntag (Laetare) von den Kanzeln der katholischen Kirchen des Landes verlesen werden wird. Das Schreiben beruht auf dem Texte Matthäus 18, Vers 5: „Wer ein solches Kind in meinem Namen aufnimmt, der nimmt mich auf" und lenkt die Aufmerksamkeit hin auf die Erziehungsarbeit an den Kindern, die infolge ihrer Geistesarmut oder Geistesschwäche nicht imstande sind, den Anforderungen des geregelten, allgemeinen Volksschulunterrichtes zu genügen, oder wegen ihrer körperlichen Gebrechen die Räume des gemeinsamen Unterrichtes nicht erreichen, an dem Volksschulunterricht nicht teilnehmen können. Sie sollen in geeigneten Anstalten unterrichtet und zu nützlicher Beschäftigung angeleitet werden. In der Erzdiözese Freiburg dient hierzu die St. Josefsanstalt in Herten bei Basel, in der unter Leitung eines Geistlichen und unter der Verwaltung von Ordensschwestern zurzeit 500 solcher Kinder untergebracht sind. Daneben soll jetzt eine zweite Anstalt im badischen Frankenlande, in Buchen, erstehen. Die Stadtgemeinde Buchen hat in hochherziger Weise einen Baugrund von drei Hektar unentgeltlich zur Verfügung gestellt; weiteres Gelände wurde und wird noch erworben werden. Zur Errichtung und zum Betrieb der Anstalt hat sich ein Verein von Geistlichen und Laien gebildet: „das St. Josefsstift e. V. in Buchen (Baden)". Die Baupläne sind ausgearbeitet und haben die Genehmigung der Beteiligten gefunden. Die Vorarbeiten waren soweit gediehen, daß im Herbst 1914 mit dem Bau hätte begonnen werden können, wenn nicht der Ausbruch des Weltkrieges die Verwirklichung hinausgeschoben hätte. Nun aber, da der Friede sich zu zeigen beginnt, sollen die Vorarbeiten so gefördert werden, daß mit dem Bau nach Kriegsende begonnen werden kann. Am 17. März soll in allen Kirchen der Erzdiözese eine Sammlung für das St. Josefstift in Buchen gehalten werden.

)(**Offiziersstellvertreter.** Wie auf eine Anfrage aus der nationalliberalen Fraktion des Reichstags vom Kriegsministerium mitgeteilt worden ist, ist durch einen Erlaß vom 11. Februar 1918 bestimmt worden, daß sämtliche zu den Bezirkskommandos zurückbefohlenen Bezirksfeldwebel und Anwärter für diese Stellen, die früher Offiziersstellvertreter waren, wieder zu solchen bestellt werden dürfen. Durch diesen Erlaß wird einem seit langem aus den Kreisen der Bezirksfeldwebel geäußerten lebhaften Wunsche Rechnung getragen.

* **Auszahlung der Heerespensionen.** Die „Karlsr. Ztg." schreibt halbamtlich: Nach einer Anordnung des Kgl. preußischen Kriegsministeriums werden die Zahlungen für den Allgemeinen Pensionsfonds im Bereich der preußischen Heeresverwaltung vom 1. April 1918 an nicht mehr durch die Regierungshauptkassen und deren Sonderkassen, sondern durch die Reichs-Postanstalten geleistet. Die in Frage kommenden Ausgaben umfassen die militärischen Pensionen, Pensionsbeihilfen, Renten, Alterszulagen, die aus Militärfonds zu bestreitenden Witwen- und Waisengelder, Unterstützungen, Witwenbeihilfen und Ausgleichsbeihilfen an Hinterbliebene und dergl. Die Auszahlung aller Beträge erfolgt grundsätzlich durch die Postanstalten an den hierfür eingerichteten Zahlstellen. Zahlende Postanstalt ist die für den Wohnort des Empfängers zuständige Bestellpostanstalt. Die fortlaufend zahlbaren Gebührnisse am, werden bereits am 29. oder, wenn dieser Tag ein Sonn- oder Feiertag ist, am 28. des der Fälligkeit der Gebührnisse vorhergehenden Monats (im Februar am 26.) gezahlt. Die Empfänger holen an den angegebenen Tagen, spätestens aber bis Ende des Monats, für den die Gebührnisse zustehen, ihre Bezüge selbst ab oder lassen sie abholen. Invaliden und Rentenempfänger haben hierbei ihr Rentenbuch vorzuzeigen. Die Empfänger laufender Zahlungen haben im Laufe des Rechnungsjahres einmal, und zwar bei monatlichem Empfang die Quittung für März, bei vierteljährlichem Empfang die Quittung für das 4. Quartal amtlich beglaubigen zu lassen. Jahresquittungen werden nicht mehr ausgestellt. Die näheren Formalitäten sind bei den Postanstalten zu erfragen.

♂ **Geldsendungen an die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland.** Infolge des Kriegszustandes zwischen der Ukraine und Nordrußland sowie der Unruhen in Finnland ist der bisherige Postverkehr nach der Ukraine über die nordischen Länder unterbrochen worden. Es besteht so lange keine Möglichkeit, Postsendungen an die deutschen Gefangenen in diesem Gebiet zu leiten, bis der direkte Postverkehr mit der Ukraine eingerichtet sein wird. Die Aufnahme dieses Verkehrs wird unverzüglich bekanntgemacht werden. Inzwischen muß davon abgeraten werden, Geldsendungen nach der Ukraine, besonders auch über die nordischen Länder zur Absendung zu bringen. Zum Gebiet der Ukraine gehören die früher russischen Gouvernements: Cholm, Grodno (südlicher Teil), Minsk (südlich des Flusses Pripet), Wolhynien, Podolien, Kiew, Cherson, Taurien (südlicher Teil), Jekaterinoslaw, Charkow, Woronesh (südlicher Teil), Kursk (südlicher Teil), Tschernigow (südlicher Teil), Poltawa, Don'sches Heergebiet. Bis zur Klärung der Verhältnisse in Nord-Rußland und besonders in Finnland dürfte es sich ebenfalls empfehlen, mit der Absendung von Geldern an die Gefangenen in Nord-Rußland und Sibirien Zurückhaltung zu üben.

vp. **Das Backen in der Kochkiste.** Das Koch-Dreigestirn des Hausfrauenbundes hat, erfindungsreich wie immer, eine neue Seite der K. K. K. (was Kriegskochkiste heißen soll) entdeckt. Die schönsten Kuchen lassen sich in der Kochkiste backen. Nur ruhig, wir kennen den Einwurf, der jetzt kommt, Kriegskuchen meinen wir natürlich, und an den nachstehenden Rezepten wird sich zeigen, daß wir nur mit gegebenen Möglichkeiten rechnen. Also man braucht die K. K. K., außerdem ein paar ungelöschte Backsteine (zu 50 Pfg. im Hausfrauenbund oder in Ofenhandlungen zu haben) und ein paar alte Zeitungen. Die Backsteine werden beiderseitig auf dem Gas erhitzt, bis ein darauffallender Wassertropfen zischt, dann kommen ein oder zwei, je nach der Größe der Kuchenform, auf die untere Lage Holzwolle, auf die man Papier gelegt hat. Auf die Backsteine stellt man die Kuchenform und auf die Form gibt man dann wieder Backsteine mit der zuletzt erhitzten Seite nach unten, dann folgt Papier und Holzwolle. Die Kiste wird geschlossen, und nach zwei Stunden entnimmt man der K. K. K. einen Kuchen, der ringsum schön knuspeig braun gebacken ist. Ein Aber darf jedoch nicht unterdrückt werden: wer langsam arbeitet und sich zu jedem Handgriff erst einen Ruck geben muß, der lasse die Hände vom Backen in der K. K. K., denn steht die Kiste lang offen und ein Luftzug bewegt die Holzwolle, kann sie in Flammen aufgehen. Zum Anfassen der erhitzten Backsteine gibt es Anfasser in den Eisenhandlungen. Die Kuchenformen dürfen nicht hochgefüllt werden, damit der Teig Raum zum Steigen hat, und der Teig muß jeweils dickflüssig, aber nicht steif sein. Und nun ein paar Rezepte: Grießauflauf (für Feldpostpäckchen besonders geeignet): ¼ Pfund Tags zuvor gekochte und geriebene Kartoffeln, 180 bis 200 Gramm Grieß, 1 Ei, 1 Backpulver, etwas Zucker und Vanilin oder Zitronenöl. — Apfeltorte: ½ Pfund Mehl, ¼ Pfund Zucker, 1 Ei, 1 Backpulver. Bei beiden Rezepten ist Flüssigkeit nach Gutdünken beizufügen, am besten aufgelöste Trockenmilch oder Milchwasser. Die geschmierte Springform wird mit ausgekernten Apfelringen ausgelegt (auch Dörrobst ist verwendbar), der Teig wird darüber geschüttet. — Grießtorte: ¾ Liter Milchwasser, 10 Eßlöffel Grieß, 2 Eßlöffel Zucker, 1 Backpulver. — Apfelauflauf für 5 Personen: 4 Pfund Tags zuvor gekochte, geriebene Kartoffeln, 1½ Pfund frische oder entsprechend weniger gedörrte Aepfel (Abends zuvor schneiden und mit Zucker überstreuen), 1 Ei, ½ Liter Milchwasser, etwas Salz und wenig Zucker. ⅔ des Teigs kommen in die Formen, dann kommen die gezuckerten Aepfel darauf und das letzte Drittel Teig oben drüber. Man tut gut daran, die Formen zu schmieren und mit Mehl auszustäuben und, wenn möglich, oben auf den Teig ein Stückchen Butter zu geben. — Der Andrang zu dem gestrigen K. K. K.-Backunterricht war groß.

× **Todesfall.** Im Alter von 69 Jahren ist der in Oberwied bei Freiburg im Ruhestand lebende Pfarrer Maximilian Riegel gestorben. 21 Jahre hindurch war er Seelsorger der katholischen Gemeinde Munzingen.

Vergnügungen.

♂ **Mannheimer Künstlertheater „Apollo".** „Hannerl" betitelt sich die von Professor Lafite mit Musik von Franz Schubert bearbeitete Fortsetzung des Singspiels „Dreimäderlhaus", die vor kurzem in Wien mit großem Erfolg ihre Uraufführung erlebte. Direktor Kacharias hat das Werk zur Aufführung am Mannheimer Künstlertheater erworben. Es wird im Laufe der nächsten Spielzeit im Spielplan erscheinen.

♂ **Rosengarten.** Am Sonntag, den 10. März findet im Nibelungensaal ein „Schwäbischer Abend" statt, zu dem die Verwaltung alte, hier gern gesehene Gäste verpflichtet hat. Frau Veigel-Kärn, die schwäbische Nachtigall, wird mit ihren Vortragstücken aufwarten und die schwäbischen Singvögel vom Kgl. Hoftheater Stuttgart (Leitung: Ernst Singer) werden mit alten und neuen Volksliedern, dem echten Volksgemüt entsprossen, Lenz, Liebe, Heimat, Wanderschaft, Treue und Trauer, sowie echt schwäbischen Humor besingen. Die Gesangsvorträge werden von Darbietungen der Kapelle des Ersatzbataillons unseres Grenadier-Regiments umrahmt.

Mannheimer Strafkammer.

Strafkammer II. Sitzung vom 7. März. Vorsitzender: Landgerichtsrat Dr. Strauß.

Der Kaufmann Siegmund Loebmann, Inhaber einer Handlung in technischen Oelen und Fetten, ist wegen Vergehen gegen die Bestimmungen über die Beschlagnahme von Schmieröl erlassenen Vorschriften angeklagt. Er soll nicht nur Schmieröl ohne Freigabeschein, sondern auch unter Ueberschreitung der auf den Freigabescheinen vorgeschriebenen Höchstpreise abgesetzt haben. Das Schöffengericht ist mit einem Freispruch vorangegangen, weil es annahm, daß Loebmann sich durch eine Aeußerung des Revisors vom Kriegsamt Karlsruhe gedeckt meinen konnte. Dieser hatte aber nur zugegeben, daß in dringenden Fällen landwirtschaftlichen oder kriegswirtschaftlichen Bedarfs, wo Freigabescheine bereits beantragt, aber noch nicht bewilligt seien, Oel auch ohne den Freigabeschein abgegeben werden könne. Preisüberschreitungen bedürften jedoch der vorherigen Prüfung ihrer Berechtigung. Diese nur für bestimmte Fälle bewilligte Handlungsfreiheit hat Loebmann anscheinend als Freibrief für ein ziemlich ungeniertes Durchbrechen der bestehenden Vorschriften aufgefaßt. Die Verteidigung (Rechtsanwalt Dr. Reis) nahm zwar den Standpunkt ein, daß der Angeklagte sich an die gegebene Erlaubnis gehalten habe und halten habe können, u. daß ihm unter Umständen die Strafausschließung des unverschuldeten Mißverständnisses zugute zu kommen hat; allein das Gericht befand den Angeklagten für straffällig und erkannte auf eine Geldstrafe in Höhe von 10 000 Mark oder 1 Jahr Gefängnis.

Kommunales

Weinheim, 4. März. Der hiesigen Stadt sind vom Verteilungsausschuß in Berlin 450 Paar Wohlfahrtsstiefel zugeteilt worden. Diese werden an die allerärmste Bevölkerung abgegeben.

* Adelsheim, 6. März. Der diesjährige Voranschlag sieht an Einnahmen die Summe von 29 032 Mark vor, denen an Ausgaben 67 482 Mark gegenüberstehen. Zur Deckung der Mehrausgaben von 38 420 Mark wird der seitherige Umlagefuß von 50 Pfg. beibehalten.

)(Pforzheim, 6. März. Der Bürgerausschuß beschloß die Vornahme eines Holzhiebes von 500 Festmetern. Der Erlös mit etwa 15 000 Mark soll in Kriegsanleihe angelegt werden.

× Hägglingen bei Müllheim, 6. März. Die hiesige Gemeinde konnte den Umlagesatz von 30 Pfg. auf 25 Pfg herabsetzen.

⊙ Wiesbaden, 6. März. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Beamten eine einmalige Teuerungszulage in gleicher Höhe wie die den Staatsbeamten gewährte bewilligt. Ferner sollen die städtischen Angestellten jeweils nach den Beschlüssen der Reichsregierung mit den Staatsbeamten gleichgestellt werden. Sodann haben auch die städtischen Arbeiter und Kriegshilfsarbeiter eine besondere Zulage erhalten. Insgesamt wird die Stadt durch diese Zulage mit 308 000 Mark belastet.

Aus dem Großherzogtum.

* Heidelberg, 7. März. Bei einem kinderlosen (!) Ehepaar in der Kaiserstraße wurden bei einer Haussuchung folgende Gegenstände gefunden: 30 Hartwürste, über 1 Zentner Speck und Schinken, 1 Zentner Schmalz, 50 Gläser eingesünntes Gänsefleisch und Geflügel, 44 Dosen Sardinen, über 100 Stück Eier, 40 Pfund Cervelatwurst, geräucherte Zunge und Rindfleisch, und ¾ Zentner Weißmehl. Die Gegenstände wurden beschlagnahmt und dem städtischen Nahrungsmittelamt übergeben. — Das „Heidelberger Tageblatt" bemerkt zu dieser Hamsternachricht: Da in letzter Zeit die Zugkontrollen wieder zunehmen und den kleineren Beuten ihre gehamsterten Sachen abgenommen werden, Sachen, bei denen es nicht wert ist, daß man zwei Beamte die Zeit versäumen läßt, wo gerade jetzt die Kraft eines Menschen besser auszunutzen wäre, so drängt sich einem die Frage auf: „Wie bekommen diese Oberhamsterer diese Sachen heim?"; doch gewiß nicht im Rucksack.

Weinheim, 7. März. Die Eisenbahndirektion in Mainz hat dem hiesigen Bezirksobstverwertungsverein zur Unterstützung der Rassezucht 100 Mark gestiftet.

Landenbach, 7. März. Der im Alter von 82 Jahren verstorbene Altbürgermeister Adam Eberle II., der von 1883 bis 1904 hiesiger Gemeindevorstand war, wurde gestern unter großer Teilnahme zur ewigen Ruhe bestattet. Seitens des Gemeinderates, Kriegervereins und Männergesangvereins wurden am Grabe Kränze mit Widmungen niedergelegt.

× Watterdingen bei Engen, 5. März. Der Landwirt Fridolin Meßmer stürzte von der Obertenne ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

Sportliche Rundschau.

♂ **Arbeitsausschuß für die Deutsche Luftfahrt.** Unter Vorsitz von Geheimrat Hergesell fand am 4. ds. Mts. eine Vollsitzung statt, in der nach Erledigung einer größeren Zahl von Eingängen die Fühlungnahme mit den zentralen Behörden des Reichs und der Bundesstaaten, mit dem Militärfiskus und mit der Presse beraten und schließlich die von Justizrat Marderstieg-Weimar entworfene Geschäftsordnung besprochen und grundsätzlich angenommen wurde. Einmütig wurde anerkannt, daß der Zweck des Zusammenschlusses, die einheitliche Förderung der deutschen Luftfahrt, durch die besonderen Maßnahmen zweifellos erreicht werden kann. Das Entgegenkommen aller Beteiligten hat die Besorgnis völlig aus der Welt geschafft, es könnte durch Stimmenmehrheit eine Einmischung in das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Vereine und eine Einschränkung ihrer besonderen Aufgaben herbeigeführt werden. Alle Beteiligten, Luftfahrer-Verband, Luftflottenverein, Luftfahrerdank und Frauenverband des Luftflottenvereins, sind sich unbedingt bewußt, daß nur durch freiwillige Verständigung über alle einzelnen Aufgabengebiete ein dauernder Zusammenschluß erreicht werden kann. Diese Verständigung ist auch tatsächlich durch die Annahme der Satzung und der Geschäftsordnung sowohl bezüglich der sportlichen Betätigung wie hinsichtlich der Fürsorge und der Propaganda vollauf erzielt worden. Herrn Justizrat Marderstieg wurde der wohlverdiente Dank für die sachverständige und wohlüberlegte Zusammenfassung der Grundlagen ausgesprochen.

Die Wiederbelebung des alttürkischen Kunstgewerbes.

Der bereits während des Krieges begonnene Neuaufbau des türkischen Wirtschaftsgebäudes vollzieht sich auf Grund einer neuen Wirtschaftspolitik, die natürlich vor allem den Schutz der heimischen Industrie und Landwirtschaft bezweckt. Da man hierbei nach europäischem Muster verfährt, handelt es sich um einen ziemlich gewaltsamen Uebergang von einer mittelalterlich-rückständigen Arbeitsweise zum modern-rationellen Produktionsverfahren. Eine solche Umwälzung benötigt auch die gewerbliche Produktion. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Handwerk durch die aufblühende Fabrikindustrie stark beeinträchtigt werden wird. Aufgabe des Handwerks aber wird es sein, auch weiterhin die nationalen Eigentümlichkeiten zu wahren, und dies kann, wie Bernhard Seiger in der „Umschau" darlegt, nur durch eine Wiederbelebung des alttürkischen Kunstgewerbes geschehen. Das türkische Kunstgewerbe hat in seiner Blütezeit auch in der Wirtschaft des Orients eine große Rolle gespielt. Mehr als im Westen, hat der Handwerker sich im Orient mit der Herstellung von künstlerisch hochwertigen Produkten befaßt. Es handelte sich dabei um eine alte Kultur, um eine ganz eigenartige Kunstfertigkeit, die sich von Generation zu Generation vererbte und steigerte. Infolge der Verteuerung der Lebenshaltung, der vergrößerten Konkurrenz und der Modernisierung des Arbeitsmarktes ist aber der künstlerische Wert dieser Erzeugnisse allmählich stark zurückgegangen. Auch die Nachfrage vonseiten europäischer Großunternehmer hat gewissermaßen zur Profanierung dieser eigenartigen Industrie Anlaß gegeben. Auch hier hat sich eben gezeigt, daß nichts den Kunstgegenständen so sehr schadet wie die Entwicklung zur Massenherstellung. Nach Ansicht Seigers könnte nun unter Anwendung rationeller Betriebsmittel nicht nur die alte Höhe des türkischen Kunstgewerbes wieder erreicht, sondern auch die quantitative Leistungsfähigkeit erheblich gesteigert werden. Vor allem wird es sich um eine Neubelebung der Weberei durch die Anwendung von Maschinen und durch Förderung der reinen Handarbeit handeln. Ein Musterbeispiel für die Neugestaltung eines Kunstgewerbes stellt in vielfacher Beziehung die heutige Organisation der Teppichknüpferei in Smyrna und Umgebung dar. Auf anderen Gebieten, z. B. dem des Metallkunstgewerbes, ist besonders der durch europäische Nachfrage hervorgerufenen Industrie von nachgeahmten „Antiquitäten" zu steuern, andererseits müßten regelnde Maßnahmen ergriffen werden, damit die Metallindustrie nicht dem Metallkunstgewerbe die fähigsten Arbeiter entzieht. Auf allen Gebieten handelt es sich vornehmlich um eine scharf durchgeführte Trennung zwischen Kunsthandwerk und Industrie. Zu diesem Zwecke wurden z. B. für das Metallkunstgewerbe die Manufakturbetriebe in Damaskus begründet.

„Die Arbeiterdichter unserer Tage".

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben:

Im großen „Eintracht"-Saale zu Karlsruhe fand am 5. März ein außerordentlich eindrucksvoller literarischer Abend statt, dem ihre Königlichen Hoheiten die Großherzogin-Witwe Luise, der Großherzog und die Großherzogin, sowie Staatsminister von Bodman, Finanzminister von Rheinboldt, Präsident Engelberg, Exzellenz v. Chelius, Exzellenz Hans Thoma und eine große Anzahl anderer bedeutender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beiwohnten.

Schriftsteller Fritz Droop (Mannheim), der sich als Fürsprecher gesunder deutscher Kunst, wie als Vorkämpfer sozialer Dichtung seit langem einen Namen gemacht hat, sprach im großen „Eintracht"-Saale über die „Arbeiterdichter unserer Tage" und warf dabei einleitend einen fesselnden Rückblick auf die Entwickelung des sozialen Gedankens in der deutschen Dichtung. Die geistvoll pointierte Betrachtung, die Droop, von eigner schöpferischer Kraft beschwingt, den Hauptvertretern der modernen Arbeiterdichtung: Karl Bröger, Max Barthel, Alfons Petzold, Bruno Schönlank und Heinrich Lersch widmete, gipfelte in einem markigen Bekenntnis für die aus den Niederungen des Proletariats kraftvoll und zukunftsgläubig sich emporringenden geistigen und seelischen Potenzen, die den verheißenen Aufstieg der Tüchtigen vorbereiten sollen. Als eines ihrer idealsten Ziele bezeichnete Droop die Vervollkommnung des inneren Menschen und das Bestreben, den Blick der Brüder über die Schranken der Partei hinwegzuführen ins freie Land der Allmenschlichkeit. Der Vortrag war eine Ehrung der deutschen Arbeiter, die sich mit ihren Leibern dem Ansturm der Feinde entgegenstemmen und für die Freiheit unserer Berge und Täler bluten.

Hofschauspieler Hans Kraus (Karlsruhe), trug eine Anzahl gut ausgewählter Dichtungen der behandelten Arbeiterdichter mit innerlich bewegter Sprache vor, nur stellenweise allzu weichlich abgetönt. Er erntete, wie sein Vorredner stürmischen, lange anhaltenden Beifall. Die Königlichen Hoheiten sprachen den Herren ihre allerhöchste Anerkennung aus, wobei der Großherzog besonders Fritz Droop in eine längere Unterhaltung zu ziehen geruhte.

W.

Kunst, Musik, Theater und Literatur.

Deutsche Kunst Darmstadt 1918.

Die vor kurzem in Darmstadt unter dem Schutz des Großherzogs von Hessen neu begründete Hessische Gemeinschaft für Kunstpflege tritt in diesem Sommer mit einer Ausstellung von Malerei, Plastik und Graphik auf den Plan, die am Pfingstsamstag (18. Mai) auf der Mathildenhöhe unter dem Namen Deutsche Kunst Darmstadt 1918 eröffnet wird. Eine große Zahl erster deutscher Künstler aller Richtungen wird auf Einladung mit starken Werken aus neuester Zeit vertreten sein.

Musik.

Im Opernhaus zu Frankfurt a. M. erschienen 2 Werke zum ersten Male: „Das höllisch Gold", eine reizvolle Nachahmung volkstümlicher Legendendichtung, verfaßt und mit einer leicht zugänglichen, melodiösen Musik versehen von Julius Bittner und das Mimodrama „Die letzte Maske" von Curt Münzer mit der modern empfundenen, farbenreichen Musik von Wilhelm Mauke. Beide Stücke wurden außerordentlich beifällig aufgenommen und werden eine wertvolle Bereicherung des Spielplanes bilden.

Eine neue komische Oper.

„Meister Grobian", komische Oper in einem Vorspiel und 2 Akten, Text nach Riehls Novelle „Ovid bei Hofe" von Rudolf Kutmann. Musik von Arnold Winternitz, trug am Hamburger Stadttheater bei ihrer Uraufführung einen außergewöhnlich starken Erfolg davon.

Dichterehrung.

Der Frauenbund zur Ehrung deutscher Dichter beschloß für die Jahre 1916 und 1917 als Vereinsgabe den Roman von Hermann Sinsheimer „Die drei Kinder" herauszugeben und dafür einen Ehrenbetrag von 2000 Mark zu bewilligen. Außerdem wurden die Schriftstellerinnen Helene Christaller, Anna Croissant-Rust und Leonore Kießen-Deiters mit Ehrengaben in Höhe von je 750 Mark bedacht.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Verlegung des Klavierabends Vera Schapira.

Laut soeben eingegangener telegraphischer Absage muß der Klavierabend wegen plötzlicher Erkrankung von Frau Schapira heute ausfallen. Das Konzert wird aber nachgeholt.

MARCHIVUM

Handel und Industrie.

Getreide-Wochenbericht.

Nachdem die Getreidepreise sich am 1. d. M. um M. 100 für die Tonne gesenkt haben, kann die Getreideablieferung in der Hauptsache als beendigt betrachtet werden. Selbstverständlich ist es unter den schwierigen Kriegsverhältnissen nicht möglich, sämtliches Getreide bis zu einem bestimmten Zeitpunkt abzuliefern, da die Verladungen ohne Verschulden der Produzenten oft durch Mangel an Eisenbahnwagen, Säcken, Gespannen und Arbeitskräften, ferner auch durch ungünstige Witterung, verhindert werden. Selbst der Ausdrusch des Getreides läßt sich bei den heutigen Verhältnissen infolge Mangel an Betriebsstoff für die Maschinen, an Riemen usw. nur mit beträchtlichen Verspätungen ausführen. In den Verordnungen über den Ausdrusch und die Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten vom 24. November 1917 und 27. Februar 1918 waren deshalb Ausnahmen vorgesehen, in denen den Landwirten auch für nach dem 1. März abgeliefertes Getreide der bis Ende Februar 1918 geltende Höchstpreis bezahlt werden soll. Die Ausführungsbestimmungen zu diesen Ausnahmen sind durch das Direktorium der Reichsgetreidestelle nunmehr bekannt gegeben worden. Es wird darin unterschieden zwischen Mengen, die bis zum 20. März einschließlich und solche, welche nach diesem Zeitpunkt abgeliefert werden. Unter Ablieferung ist zu verstehen, die Uebergabe an die Eisenbahn oder an Schiffahrtzeuge zur Beförderung an die Reichsgetreidestelle oder den Kommunalverband, oder die Entfernung des Getreides aus dem Gewahrsam des Erzeugers auf ein Lager der Reichsgetreidestelle oder des Kommunalverbandes. Es ist stets nachzuweisen, daß die verspätete Ablieferung unverschuldet erfolgt ist. Saatgut welches im Einverständnis mit dem Kommunalverband zur Aussaat im Frühjahr 1918 zurückbehalten aber zu diesem Zwecke nicht verbraucht wurde, muß bis spätestens 1. Juni 1918 abgeliefert sein. Allgemein werden zunächst die ermäßigten Höchstpreise bezahlt. Die Nachzahlung ist stets besonders zu beantragen.

Die Zufuhren von Getreide haben etwas nachgelassen, doch kann im Laufe dieses Monats noch mit immerhin nennenswerten Ablieferungen gerechnet werden. Roggen fließt verhältnismäßig reichlich zu, währenddem Weizen nur knapp herankommt.

Luxsche Industriewerke A.-G. in Ludwigshafen a. Rh.

Wie der Geschäftsbericht für 1917 ausführt, sind die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres durchaus befriedigend gewesen. Der Betrieb hat während des ganzen Jahres ohne größere Störungen aufrecht erhalten werden können, so daß die Erzeugung die des Vorjahres übertroffen hat. Der Mangel an gelernten Arbeitern ist im Berichtsjahre noch fühlbarer gewesen als im Vorjahre. Eine Milderung der Schwierigkeiten hat nur teilweise durch Verbesserung der Fabrikationsmethoden eintreten können. Der Bruttogewinn an Waren belief sich auf 2 111 136 (i. V. 591 491) Mark, Mieterträgnis und Zinsen erbrachten 90 222 (i. V. 83 640) Mark. Andererseits erforderten Handlungsunkosten 1 161 273 (i. V. 328 506) Mark und Abschreibungen 35 892 (4508) M. Es ergibt sich sonach ein um 662 166 M. über den vorjährigen hinausgehender Reingewinn von 1 004 194 (i. V. 342 028) M., der sich um 302 563 (267 590) M. Vortrag auf 1 306 757 M. (i. V. 609 618) erhöht. Daraus wird eine Dividende von 10 Prozent in bar (i. V. 20 Prozent) und ein Bonus von 200 M. nominal Kriegsanleihe mit Zinsschein per 1. April 1918 auf jede Aktie ausbezahlt. Diese Form der Ausschüttung der Dividende sei bedingt durch die geringen Barmittel der Gesellschaft und die Notwendigkeit, sich an der kommenden Kriegsanleihe wieder zu beteiligen. Mit Rücksicht auf die Anforderungen der Uebergangswirtschaft und die vorgesteckten Aufgaben nach Kriegsende hatte die Verwaltung in der ao. Generalversammlung vom 19. November 1917 eine Erhöhung des Aktienkapitals von 1,3 Mill. beantragt. Die ao. Generalversammlung hatte diesen Antrag auch genehmigt. Die Landeszentralbehörde hat der Ausführung des Beschlusses die Genehmigung versagt, so daß die Absicht, das Unternehmen auf eine breitere Kapitalgrundlage zu stellen, vorläufig nicht verwirklicht werden kann. Tantiemen und Gratifikationen erfordern 145 000 M. (i. V. 42 054 M. Tantiemen und 5000 M. Gratifikationen), die Beamten- und Arbeiterunterstützungskasse erhält 150 000 (i. V. 0) Mark überwiesen, zur Verfügung des Aufsichtsrats bleiben Mk. 300 000 (0), vorgetragen werden danach noch 326 957 M. (i. V. 302 563). In der Bilanz erscheinen die Gläubiger mit 1,37 Mill. (1,05) neu, ein Fonds für Uebergangswirtschaft mit 100 000 M. Andererseits werden 2,43 (1,24) Mill. M. Wertpapiere, 246 516 M. Bankguthaben und 64 538 M. Schuldner (i. V. 273 024 M. Schuldner einschließlich Bankguthaben), 0,49 (0,57) Mill. M. Waren und 0,73 (0,73) Mill. M. Beteiligungen und Dotationen aufgeführt. Im laufenden Geschäftsjahre sind die Betriebe für die nächsten Monate noch mit ausreichenden Aufträgen versehen.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt 8. März. (Pr.-Tel.) Die Börse bewahrte auch heute ihre Zurückhaltung, so daß die Geschäftstätigkeit auf einzelnen Gebieten beschränkt blieb. Unter diesen war der Markt bevorzugt, auf dem Kaliwerte gehandelt werden. Bei ziemlich lebhaften Umsätzen wurden Heldburg und Westeregeln höher gezahlt. Petroleumwerte entbehrten der Anregung, sie zeigten schwächere Haltung. Montanaktien ließen vereinzelt Abschwächung erkennen. Aufnahmeneigung bestand für Elektrizitätspapiere, besonders für Schuckert und AEG. Unter den Rüstungswerten setzten Daimler ihre Abwärtsbewegung fort. Rheinmetall und Deutsche Waffen behauptet. Interesse bestand für Motor Oberursel und Fahrzeug Eisenach. Schiffahrtsaktien wurden nicht wesentlich verändert. Im Verkehr mit chemischen Werten sind Griesheim Elektron als schwächer anzuführen, die übrigen Aktien lagen still. Heimische Banken gut behauptet.

Am Markte der Werte mit Einheitskursen war das Geschäft ruhiger, jedoch überwogen auch heute die Kursbesserungen. In Nachfrage standen Maschinenfabriken Gritzner, Porzellan Wessel, Email Ullrich, Zellstoff Waldhof und Kosfheim, Ganz besonders lebhaft wurden Zementaktien umgesetzt und ansehnlich höher. Zement Heidelberg, Karlstadt und Lothringer gingen einige Prozent in die Höhe.

Am Markte der ausländischen Renten ist der Verkehr merklich geringer geworden. Russen behauptet. Mexikaner vereinzelt abgeschwächt. Deutsche Anleihen still. Die Börse schloß ohne nennenswerte Belebung, aber in gut behaupteter Tendenz. Privatdiskont 4¾ Prozent und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 8. März (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	8. Geld	8. Brief	7. Geld	7. Brief
Konstantinopel	18.85	18.95	18.85	18.95
Holland 100 Gulden	215.50	216.00	215.50	216.00
Dänemark 100 Kronen	152.50	153.00	152.50	153.00
Schweden 100 Kronen	162.25	162.75	162.25	162.75
Norwegen 100 Kronen	159.25	159.75	159.25	159.75
Schweiz 100 Franken	112.50	112.75	112.50	112.75
Oest.-Ungarn 100 Kronen	66.55	66.65	66.55	66.65
Spanien	111.—	112.—	111.—	112.—
Bulgarien 100 Leva	79.—	79.½	79.—	79.½

Pariser Wertpapierbörse.

PARIS 7. März (Kassa-Markt.)

	7.	6.		7.	6.		7.	6.
5% Anleihe	87.05	87.15	Saragossa	383	383	Tonis	565	565
3% Rente	54.30	57.50	Suez Kanal	4535	4545	Rio Tinto	1909	1907
3½% Span. Anl.	121.30	121.—	Thom Houst.	770	780	Cape Copper	94.—	—
5% Russen 1906	48.—	48.10	Nitt Fay	447	440	China Copper	—.—	—.—
3% do. 1906	—.—	—.—	Courtoulds	217	217	Utah Copper	568.—	—.—
4% Türken	63.75	62.85	Rulukka	132	134	Tharsis	195.—	159.—
Banq. de Paris	9.40	9.85	[illegible]	1000	1003	De Beers	363.—	362.—
Crédit Lyonnais	10.82	10.85	Orlanak	191	191	Goldfields	45.—	46.—
Us. Parisien.	—	—	Lissenoff	225	225	Lena Gold	31.—	31.—
Betrolpflicht	425	425	Natiolf Fabr.	334	334	Jägersfont	105.—	105.—
Nord Expdag.	385	28.	Le Naphte	—		Randmines	76.—	76.—

Spassk Copper —.— (zuletzt 31.—)

Todes-Anzeige.

Nach 3½jähriger treuester Pflichterfüllung vor dem Feinde, ausgezeichnet mit dem **Eisernen Kreuze II. Klasse**, erlitt mein lieber, unvergeßlicher Mann, unser guter, treubesorgter Vater

Jvo Hench

Unteroffizier in einem Landwehr-Infanterie-Regiment

am 4. ds. Mts. den Heldentod.

MANNHEIM, den 8. März 1918.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Anna Hench und Kinder
Lange Rötterstraße 34.

Das Seelenamt ist am 11. März, morgens 7 Uhr, in der Bonifaziuskirche.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Freunden die erschütternde Nachricht daß meine innigstgeliebte Frau, unsere liebe, gute Tochter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante, Frau

Berta Luise Eck

geb. Engelhorn

nach kurzem, schweren Leiden im blühendsten Alter von nur 31 Jahren heute nacht sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten:
Friedrich Eck
Ludwig Engelhorn
Emma Engelhorn
Familie Eck-Hocker

MANNHEIM, (T 6, 34, U 4, 21), den 8. März 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag, 10. März, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle aus statt. 4386

Von Kondolenzbesuchen wird gebeten Abstand zu nehmen.

Kräftige Birkenbesen

100 Stück Mk. 55.—, 1000 Stück Mk. 520.— bei Ladung 50.— p. 100 Stück liefert T59

Döscher, Siegen.

C. Jungmann, Ofensetzer
U 2, 25 4348
empfiehlt sich in **allen neuen Facharbeiten**, sowie **Ausmauern** von **Oefen** und **Herden. — Boden- und Wandbeläge.**

Nervöse junge Mädchen
im Alter von 7—10 Jahren, die höhere Schulen besuchen sollen, finden liebevolle **Aufnahme** und verständige **Pflege** in **Heidelberg.** Schriftliche Anfragen unter Cadi an die Geschäftsstelle des Bl.

Bekanntmachung.
Die Aufstellung der städt. Voranschläge für das Jahr 1918 betr.

Die Voranschläge über die Einnahmen und Ausgaben der städtischen Kassen und Aemter für das Jahr 1918 liegen während 8 Tagen im Rathaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 5, zur Einsicht aller Beteiligten auf. Sp42

Mannheim, 7. März 1918.
Oberbürgermeister.
Dr. Kuyer.

Vereinigung der Kleingartenbesitzer Neckarstadt
lädt zur **Versammlung am Samstag, den 9. März 1918, abends 8 Uhr** ins Kolosseum am Meßplatz ein
J. A.: **Kelleiring.**

Vervielfältigungen
Schreibmaschinenarbeiten übernimmt langjährige Kontoristin. Zuschriften unter P. X. 74 an die **Geschäftsstelle d. Bl.** 4364

Kauf-Gesuche.

Eine gut erhaltene **Schreibmaschine** zu kaufen gesucht.
Angeb. an **Gg. Ziegler, Mannheim-Neckarau,** Kaiser Wilhelmstr. 34. 4370

Gebrauchte Mandoline zu kaufen gesucht. 4362
Angeb. unt. R. B. 3 an die Geschäftsstelle dss. Bl.

Kaufe gebrauchte
Nähmaschinen
wenn auch nicht mehr nähend, Nähmaschinengestelle, Schuster-maschinen.
Nähmaschinen all. Systeme werd. schnellstens repariert.
Kayser-Nähmaschinen-Niederlage E 3, 2. Q81

Vermietungen

C 1, 14 Seitenb.
Je 2 Zimmer mit Küche sofort zu verm. 4352

D 6, 7/8 Magazin u. Büro z. vermieten. Näh. 2. St. 3860

Wohnung
2 Zimmer und Küche, zu vermieten. B19a
Zu erfr. **Aktienbrauerei, Ludwigshafen a. Rh.**

Miet-Gesuche.

2 gemütlich 4337
möbl. Zimmer
Nähe Straßenbahn, 3 von Bruder und Schwester zu mieten gesucht.
Gefl. Ang. unt. Q. Y. 99 an die Geschäftsstelle.

Wohnung 3 - 4 Zimmer
in der Neckarstadt von kl. Fam. sof. od. später ges. Angebote nach **Lutherstraße 27, 2. Stock, links.**

Verlegung Klavierabend Schapira.

Infolge soeben eingegangener telegraphischer Absage wegen plötzlicher Erkrankung von Frau Wera Schapira muß der heutige Klavierabend ausfallen. Das Konzert wird nachgeholt. Nb74

Vierte Zeichnungsliste
Zur Bürgerstiftung für die 110er

sind bis heute weiter folgende Zeichnungen erfolgt: Kommerzienrat Hch. Röchling 500 M; C. Pfund, Heidelberg, 10 M; W. Wagen, Heidelberg, 10 M; Dr. C. Sauerbeck, Käfertal, 30 M; Fiskalanwalt Gg. Selb 200 M; Herr K. 100 M; Carl Messer 100 M; Ch. Herrmann und Sohn 50 M; Hch. Heidenheimer 50 M; Frau Dr. B. Groote [illegible] M; Herm. [illegible] & Co. 100 M; Siegfried Klopfer, L. Fa. Fritz Bensinger, 50 M; Richard Wolff 200 M; Weidner & Weiß 30 M; Jacob Strauß 100 M; Dr. W. Mayer 100 M; Bernh. Löb & Söhne 100 M; Carl Sinner 100 M; Artur Händler, G. m. b. H., 500 M; Hch. Glock 20 M; Wilh. Karsen 20 M; J. Beltermann 30 M; Karl Mayer-Reinach 100 M; E. Th. Schlatter 20 M; Rhonheimer & Eilau 100 M; Rhein. Treuhandgesellschaft 100 M; Emil Bensinger 50 M; Gebr. Bauer 100 M; B. Buxbaum 100 M; Verein. Speditions- & Rheinschiffahrtsgesellschaft 50 M; Dir. Ferd. Wolff 100 M; P. R. B. 10 M; Neue Sunlicht A.-G. 2000 M; Generaldirektor Beck 300 M; T. Mann-Pierrd 100 M; Max [illegible] 200 M; Mannh. Vers.-Ges. & Continentale Vers.-Ges. 1000 M; Kommerzienrat R. Post 300 M; Dir. H. Haldermann 100 M; Dr. med. Seubert und Frau 50 M; A. S. 100 M; Mohr u. Federhaff 500 M; Gutsbesitzer W. Scipio 1000 M; Fräulein Ida Scipio 500 M; Bad Anilin- u. Soda-Fabr. A.-G. 1000 M, Bad Bank 300 M, Rhein. Elektr.-Ges., Akt.-Ges., 500 M; Dir. Bühring 300 M; Dir. Gust. Ried 50 M; Dir. Baurat Schöberl 50 M; W. F. 40 M; Grün u. Bilfinger, A.-G., 500 M; Oberland-Klub 5 M; L. H. Kauffmann 100 M; 1. Gabelsberger Club 1000 M; Adolf Brück Wwe. 100 M; [illegible] 100 M; Gebr. Reinhardt 100 M; W. Schwabenland 50 M; Rub und Jaufmann 100 M; Otto Werner 100 M; Kahn und Wolf 100 M; Karl Krager 10 M; H. Ascher 50 M; Bankier Max Goldschmidt 100 M; Hofrat H. A. Marx 100 M; Wilh. Dreifuß 100 M; O. Leinhaß 100 M; Esch & Co. 200 M; Frau Kommerzienrat J. Mohr 300 M; Rechtsanwalt L. Geißmar 100 M; Frau Kom.-Rat Louis Hirsch 100 M; Ferd. Rückheimer 50 M; J. Gremm 50 M; Langfritz 5; Stotz & Co. 100 M; Prokurist J. Gadaum 100 M; Färberei Kramer 300 M; Carl Buddeberg 100 M; Deutsche Zündholzfabriken 100 M; Friedr. Mohr, München 500 M; Direktor F. Heim 100 M; Dr. Clemm 300 M; Frl. Hirschbaum 50 M; Hauptmann Jul. Thorbecke 500 M; Rittmeister Carl Thorbecke 500; Dr. Hauser 100 M zusammen 17 900 M
bisherige Zeichnungen 60 749 M

Zeichnungsergebnisse bis heute 78 709 M
Allen Spendern sagen herzlichen Dank.

Der Arbeitsausschuß:
J. Aug. Raichle. Zacharias.

Weitere Zeichnungen nehmen die Süddeutsche Diskontogesellschaft, die Rheinische Creditbank, das Sekretariat des Künstlertheaters, sowie die Kassenverwaltung des Ersatzbataillons 110 (Kaiser Wilhelms-Kaserne) entgegen.

Geldverkehr.

Wer leiht tüchtigem Geschäftsmann 4358
einige Tausend Mark
gegen gesch. Rückzahlung.
Zuschr. unt. R. N. 18 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Vermischtes.

Damengeldbeutel
mit Inhalt gestern Abend 7 Uhr vermutl. Bahnhof Haltest. Linie 4 verloren, abzug. bei Oexle, Bahnhofplatz 7. 4354

Verloren
gold. Damenuhrkette
mit Perlenschieber zwischen Wasserturm u. Elisabethstraße. Gegen Belohnung abzugeben Wallstraße 54. 4378

Suche sofort 4363
Stillen Teilhaber
mit 1—2000 Mark gegen Sicherheit und 60 Mark Gewinnanteil. Geeignet für Damen. Ang. u. R. A. 1 an die Geschäftsstelle.

Besseres Mädchen erteilt Anfängerin billigst
Klavierstunden
Angeb. unt. R. K. 10 an die Geschäftsstelle. 4351

Nähmaschinen
all. Fabrikate rep. langj. Fachmann **G. Trebler,** Kronprinzenstr. 58. Postkarte genügt. G4a

Stellen-Gesuche.

Kaufm. gebildete Dame, perf. Stenotypistin, mit gut. Sprachkenntn., sucht gestützt auf langj. Zeugn.
Halbtagsbeschäftigung
Angeb. unt. O. J. 84 an die Geschäftsstelle. 4122

Offene Stellen.

Arbeiter
sofort gesucht. 2972
Färberei Kramer
Bismarckplatz.

Zuverlässige
Kontoristin
(perfekte Stenotypistin)
für täglich 3—4 Stunden Vor- oder Nachmittags per sofort
gesucht.
Gefl. Angebote unter L. T. 119 an die Geschäftsstelle dss. Bl. 3175

Büglerin
für ganze und halbe Tage sofort gesucht. 4357
Färberei Hans Brehm
Schwetzingerstraße Nr. 94.

Tüchtige
Einlegerinnen
sofort gesucht.
Buchdruckerei Walther
D 6, 5. E74

Arbeiterin und Lehrmädchen
für Damenschneiderei ges. 4365 C 4, 2, II.

Tüchtige, selbständige
Blusenarbeiterin
gesucht. F 4, 3, pt. 4351

Fräulein
evtl. aus guter Familie, möglichst mit Fröbel-Vorbildung, tagsüber zu zwei Kindern (6 u. 9 Jahren) per sofort gesucht. 4382
Dr. Kaiser, Meerfeldstr. 17.

Gesucht sofort oder 1. April ein ehrliches, kräftiges 4309
Mädchen
für Haus- u. Gartenarbeit. Zu erfr. in der Gesch.

Lehrmädchen
gegen sofortige Vergütung gesucht. 4358
Damen-Friseurgeschäft
E 3, 18.

Verkäufe.

Haus-Verkauf.
Wohnhaus mit Laden u. Wohnung, sowie n. 5 mal 3 Zimmerwohnung, zirka 500 qm Hof und Garten, mit groß. Obstb. in Neckarau, bill. zu verk. Ang. u. R. C. 5 an die Gesch.

Heidelberg.
Grosse Villa
15 Zimmer und Zubehör, mit großem schönen Garten preiswr. zu verk. Ang. u. R. E. 5 an die Gesch.

Ca. 600 Cigarrenkisten
(1/20) hat abzugeben 4305
Neumann, S 6, 36, pt.

2flammiger Gasherd
mit Tisch abzugeben.
Merz, Lameystr. 5, 2. St.

4369
Weisser Kinderwagen
n. Klappsitzchen zu verkaufen. Bensel, Rheinvillenstraße 3 IV. 4317

Schwere moderne
Pitchpine-Küche
fast neu, zu verk. 4356
Altmann, B 4, 7, part.

Fahrrad - Sattel Pumpe el. Laterne
Schwartz, T 6, 21, 3—5 Uhr. B36f

Ein Sportwagen
zwei Sitze, preiswert zu verkaufen. 4360
R. Sauer, Meerfeldstr. 21 4. Stock rechts.

Graupapagei.
Verkaufe meinen grauartig schönen, zutr., fern-gesunden, echten 4365
Kongo-Vogel
unermüdlicher, reiner Sprecher, von morgens bis abends, lernt sehr leicht, singt u. flötet; mit und ohne Käfig.
E. Müller, G 7, 24.

Zum sofortigen Eintritt jüngere tüchtige
Verkäuferin
gesucht für die Knabenkonfektion. 4356
Konfektionshaus Merkur
Ludwigshafen a. Rh., Ludwigstrasse 12.